

Jetzt Ausbildung garantieren – für alle!

Pressemitteilung des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit



Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit begrüßt die geplante Unterstützung der Betriebe bei der Fortführung von Ausbildungen sowie dem Erhalt oder der Ausweitung des Ausbildungsangebotes durch das Konjunkturpaket der Bundesregierung. Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit befürchtet allerdings, dass mit den vorgesehenen Maßnahmen ein auswahlfähiges, ausreichendes Angebot für alle Jugendlichen nicht gewährleistet werden kann.



1 Vor dem Hintergrund der aktuellen Corona-Pandemie ist zu erwarten, dass sich die ohnehin wachsende Zahl der berufslos bleibenden jungen Menschen deutlich erhöht. Auch die Allianz für Aus- und Weiterbildung erwartet negative Folgen für die berufliche Zukunft junger Menschen und die Fachkräftesicherung. Insbesondere junge Menschen mit schlechteren Startchancen drohen nach Erwartungen der Jugendsozialarbeit ihre Perspektive zu verlieren. Nach Untersuchungen des Bundesinstituts für Berufsbildung könnte im kommenden Ausbildungsjahr die Zahl der nicht vermittelten Ausbildungsplatzbewerber bei ca. 90.000 liegen. [BIBB, Maier, Corona und duale Berufsausbildung, 2020] Kurzfristig sind daher die Kapazitäten von öffentlich geförderter Ausbildung deutlich auszuweiten. Zugleich gilt es, (zukünftige) Auszubildende mit Unterstützungsbedarf durch die assistierte Ausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen zuverlässig zu begleiten.



„Die Jugendlichen drohen zu den Verlierer*innen der Krise zu werden, wenn sie nun auf dem Ausbildungsmarkt leer ausgehen. Dies wäre eine fatale Entwicklung und würde den Fachkräftemangel weiter erhöhen“, so Angela Werner, Sprecherin des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit. „Deshalb sind in erster Linie auch in der Krise die Betriebe gefragt, reguläre, dreijährige Ausbildungsverträge abzuschließen. Die Jugendberufshilfeträger können darüber hinaus im Rahmen von Auftragsausbildung, Verbundausbildungsmodellen und außerbetrieblicher Berufsausbildung einen wichtigen Beitrag zur Ausbildungssicherung leisten.“ Der Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit fordert, jedem



Im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit haben sich die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT), DER PARITÄTISCHE Gesamtverband (DER PARITÄTISCHE), das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Internationale Bund (IB) zusammengeschlossen. Sein Ziel ist es, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.

KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT

Jugendlichen eine Ausbildungsmöglichkeit anzubieten. Zur Sicherstellung der Ausbildungssituation muss die öffentlich geförderte Ausbildung gestärkt und der Übergang in die betriebliche Ausbildung flexibilisiert werden. Die Bundesorganisationen der Jugendsozialarbeit bieten der Bundesagentur für Arbeit und den Partnern in der Allianz für Aus- und Weiterbildung für die konzeptionelle Entwicklung gerne ihre Unterstützung an.

„Es ist an der Zeit, die schon im Koalitionsvertrag versprochene Ausbildungsgarantie für alle jungen Menschen einzulösen!“, so Angela Werner. Hierfür fordern die Bundesorganisationen der Jugendsozialarbeit kreative und wirksame Lösungen.

Berlin, 10. Juni 2020

2

Angela Werner
(Sprecherin Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit)

Fachliche Ansprechperson:

Ludger Urbic
Referat für Jugendsozialarbeit
BDKJ-Bundesstelle e.V.
Email: urbic@bdkj.de



Im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit haben sich die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT), DER PARITÄTISCHE Gesamtverband (DER PARITÄTISCHE), das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Internationale Bund (IB) zusammengeschlossen. Sein Ziel ist es, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.